



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

ρ.: Berliner Brief.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

das Bild des Wolfes mit einem Schaf im Nacken als Helmschmuck. Als dem alten Wolf das Gebiß ausgebrochen war, und er gegen Handgelöbniß auf seiner Weste saß, im engen Gewahrsam, da begann er selbst um seine Kinder und Schafe zu sorgen, er war thatsächlich bereits ein moderner Gutsbesitzer geworden, der den Ertrag seiner Aecker steigerte und die Gesellschaft kluger und unterrichteter Leute suchte. Aber auf den Abenteuern seiner Reiterzeit lag ihm noch ein verklärender Schein, und wir dürfen annehmen, daß er einem jüngern Geschlecht, das unter ganz veränderten Culturverhältnissen heranwuchs, gern von seinen nächtlichen Ritten erzählte, und wie wacker und unbändig er sich mit aller Welt gerauscht hatte.

Und wie er selbst, so sahen seine Standesgenossen bis in das nächste Jahrhundert herein ihr ganzes Leben in zweifachem Lichte. Sie waren in Wirklichkeit sämmtlich auf dem Wege Gutsbesitzer zu werden. Was sie durch Beute und Reiterzüge etwa noch einmal erwerben konnten, war weniger, als was sie dabei auf das Spiel setzten. Sie standen bereits als Grundeigentümer in sehr modernen Fehden, in Processen um Mein und Dein beim Kammergericht oder vor den Gerichten ihres Landesherren, sie fanden in ihren Gemeinden bereits eine Autorität, welche sie in ganz anderer Weise zu berücksichtigen hatten, als im Anfange des Jahrhunderts. Denn an die Stelle der armen und rohen Dorfpfaffen waren bei jeder Partei der Kirche Geistliche getreten, welche höhere Bildung besaßen und größere Ansprüche machten. Auch die Junker hatten zu besorgen, daß der Geistliche ihnen in das Gewissen sprach und auffallende Verstöße ihres Lebens an heiliger Stätte vor den Ohren ihrer Bauern verurtheilte. Ja unter ihren Bauern waren solche nicht mehr selten, welche lasen und schrieben, einen kleinen geistlichen Tractat studirten und über den Glauben ihres Herrn ernsthafte Betrachtungen anstellten. Die Edelleute selbst waren durch die große Aufregung der Reformationszeit gezwungen worden, weit andere Nachrichten mit Interesse zu hören, als die, daß ein Sammtballen von Nürnberg oder Pfeffersäckle von Augsburg unterwegs seien, sie selbst hatten leidenschaftlich Partei genommen für und gegen Luther, für und gegen die Nonnen, für und gegen den Kaiser, sie hatten sich um die Lehre vom Abendmahle gekümmert, und waren ernstlich bemüht, jüngere Söhne am Hofe eines Landesherren in etwas Latein oder Französisch unterrichten, vielleicht sogar studiren zu lassen. So wenig ausführlich Götz von Berlichingen den letzten Theil seines Lebens beschreibt, so ist doch sehr deutlich zu erkennen, wie vollständig er diese Wandelungen durchgemacht hat.

Nicht der jugendliche Reiter Götz ist es, der uns den größten menschlichen Antheil einflößt, sondern der alte bedächtige Mann, der sich noch im Winter des Jahres 1562 über die Handschrift beugt, in welcher er seinem lieben Freunde Feyerabend, dem Bürger von Heilbronn, einem Sippen des großen Buchhändlergeschlechts, von seiner ungebändigten Jugend berichtet.

Berliner Brief.

Berlin 24. Febr.

Der Lärm, der durch den großdeutschen Notenangriff veranlaßt war, klingt noch nach. Der Angriff ist sogar noch verstärkt worden, da neuerdings auch Mei-

ningen der Coalitionsnote beigetreten ist. Der frühere preussische Landrath, welcher jetzt in Meiningen als Minister fungirt, wird gewiß keine Scrupel dabei empfunden haben. Wie sollte er auch? Es ist ja bereits eine regelmäßige Praxis geworden, daß die benachbarten Kleinstaaten sich ihre Minister unter den reactionären preussischen Landrathen auswählen. Diese übernehmen dabei nur die Verpflichtung, als Minister ihres neuen Vaterlandes dem früheren Vaterlande so viel Schaden zuzufügen, als ihnen bei ihren schwachen Kräften möglich ist, und das erscheint um so unbedenklicher, weil diese Herren alle ihre politische Weisheit aus der Kreuzzeitung schöpfen, die so häufig mit den Feinden Preußens sympathisirt. Herr v. Kroßig konnte die Coalitionsnote um so unbefangener unterschreiben, weil er gewiß war, daß durch den Beitritt Meiningens weder das materielle noch das moralische Gewicht des Angriffs verstärkt wird. Dagegen hat Mecklenburg den Beitritt zur Coalition abgelehnt. Im Lande der Obostriten ist man zu conservativ, als daß man sich auf großdeutschen oder kleindeutschen Schwundel einlassen sollte. Selbst die Würzburger verhehlen ja nicht, daß auch mit ihren Plänen eine gewisse Schmälerung der Souveränitätsrechte der Einzelstaaten verbunden sein würde. Einen solchen Raub an seiner Selbständigkeit will Mecklenburg nicht geschehen lassen, sondern lieber bei der bewährten Bundesverfassung bleiben. Umgekehrt verhält es sich mit Kurhessen. Die kurhessische Regierung wäre der Coalition gewiß sehr gern beigetreten, zumal da sie grade jetzt eines gewissen Rückhalts bedarf und diesen am natürlichsten bei den Nachfolgern der Bregenzer Verschwornen sucht. Aber, wie es scheint, hat man doch selbst im Würzburger Lager diese Gesellschaft nicht für reinlich genug gehalten.

Auch von der anderen Seite ist das schätzbare Material zur deutschen Frage um einige Actenstücke bereichert worden. Eine preussische Depesche vom 2. Februar sucht die überschwenglichen Ideen, welche Graf Rechberg über die Bedeutung des Bundespräsidiums geäußert hatte, auf ihr richtiges Maas zurückzuführen: Nachdem sogar Herr von Beust nicht umhin gekonnt hatte, dem Grafen Rechberg bemerklich zu machen, wie bei seiner Auffassung wohl einige romantische Täuschung mit unterlaufen möchte, hätte Graf Bernstorff diesen Punkt unbedenklich mit geringerer Gründlichkeit behandeln können. Der Präsident des Bundestags eröffnet die einlaufenden Schreiben, bestimmt die Sitzungen und die Tagesordnung derselben, präsidiert in den Sitzungen, beaufsichtigt Archiv, Kanzlei und Bibliothek; aber Functionen von politischer Bedeutung hat er nicht. Ein so gleichgiltiger Gegenstand, wie der Wechsel im Bundespräsidium, sollte ein Aequivalent sein für die Garantie Venetiens? Das einzige Aequivalent, für welches eine solche Garantie übernommen werden könnte, ist die Zusammenfassung des gesammten außerösterreichischen Deutschland zu einem Bundesstaat unter preussischer Leitung.

Das Verdienst, diesen Gedanken neuerdings ausführlich und von den höchsten patriotischen Gesichtspunkten aus erörtert zu haben, hat Herr von Roggenbach. Die badische Depesche vom 28. Juni d. J. zeichnet sich, wie alle Staatschriften, die in neuerer Zeit von Karlsruhe ausgegangen sind, durch Klarheit und Unbefangtheit des politischen Blicks, und zugleich durch eindringliche Wärme und durch einen hohen patriotischen Sinn aus. In dem zu bildenden Bundesstaat müssen alle Staatsfunctionen, durch welche politische Macht im Verkehr mit fremden Staaten entwickelt und bethätigt wird, also das ganze Vertheidigungswesen Deutschlands und der diplomatische Verkehr einer einheitlichen im Namen aller deutschen Staaten zu führenden Centralleitung unterworfen werden. Alle Staatsfunctionen, deren Centralisirung von dem allgemeinen Interesse gefordert wird, müssen ganz und mit Ausschließung aller Concurrenz der Einzelstaaten, in der Hand der Centralregierung vereinigt werden. Dagegen muß auf dem ganzen Gebiete der inneren Gesetzgebung und Verwaltung die Selbständigkeit und Souveränität sämmtlicher dormaligen Bun-

desStaaten ungestört fort dauern. Während in der Aufhebung dieser particularen Selbständigkeit weit weniger ein Förderniß als ein Hemmniß unserer nationalen Entwicklung erblickt werden muß, würden dagegen alle Pläne, welche auf die Voraussetzung gegründet sind, daß Deutschland sogar in den Beziehungen zum Auslande sich nicht als ein einiges darstellen lasse, die Idee des einen und einzigen Vaterlandes zerstören und gerade darum des Charakters entbehren, der ihnen allein nationalen Werth und Brauchbarkeit geben könnte. Das beste Mittel, die Interessen der Einzelstaaten mit denen der Gesammtheit auszugleichen, liegt in der Berufung einer ausreichenden, die Bevölkerungen, wie die Regierungen der Einzelstaaten umfassenden Vertretung welche, mit constitutionellen Rechten ausgestattet, die Mittel für die Centralregierung zu bewilligen und die Controle über die Wirksamkeit dieser höchsten Behörde auszuüben haben würde.

Dies sind die Grundgedanken, nach welchen die badische Depeche den künftigen deutschen Bundesstaat gestalten will. Sie sind ebenso einfach als consequent. Ein solches zur Macht ausgebildetes geeinigtes Deutschland würde mit dem österreichischen Kaiserstaat ein die gegenseitige Sicherheit verbürgendes Bündniß schließen können. Was die Methode betrifft, durch welche jeder Fortschritt der Bundesreformfrage sich in Deutschland zu vollziehen hat, so stimmt Herr von Roggenbach mit der bekanntesten preußischen Depeche vom 20. Decbr. v. J. in soweit überein, daß auch er nur den Weg freier Vereinbarung unter den Regierungen der Einzelstaaten als das Mittel anerkennt, durch welches das Ziel zu erreichen ist. Aber ein wesentlicher Fortschritt wird doch auch hinsichtlich dieses Punktes durch die badische Depeche bezeichnet. Graf Bernstorff will das Bündnißrecht der einzelnen Regierungen auf den Artikel 11 der Bundesacte begründen. Dagegen meint Herr von Roggenbach, daß, wie das nationale Bedürfniß allein Richtschnur für den Willen der Regierungen sein kann, so auch in der Nothwendigkeit allein die Rechtfertigung jener formellen Abweichung von der Acte von 1815 liegt. Die Regierungen als Contrahenten der Bundesverträge müssen in jedem Augenblick die Befugniß haben, unter Festhaltung des Geistes derselben, die 1815 gewählte Form jeder Aenderung zu unterwerfen.

Niemand wird sich in der trügerischen Hoffnung wiegen, daß dieses Programm jetzt sofort solle ausgeführt werden. Vorläufig haben wir nur den großen Fortschritt zu constatiren, daß einmal eine deutsche Regierung den einzigen möglichen Plan einer Bundesreform, die nicht bloß eine Täuschung sein soll, als ihr Programm hingestellt hat. Vorläufig wird sich dieses Programm erst in den Geistern Bahn brechen müssen. Denn für die Ausführung ist Vieles noch nicht reif, weder die Nation noch die Regierungen. Die Nation muß sich noch von vielen Vorurtheilen befreien. Dies würde viel rascher geschehen, wenn die preußische Regierung immer vollkommen von dem Beruf Preußens durchdrungen wäre. Nur Preußen kann an die Spitze des deutschen Bundesstaats treten; denn kein anderer reindeutscher Staat bietet den nöthigen festen Kern, um den sich die anderen Staaten gruppiren könnten. Aber die Nation verwechselt häufig den Staat Preußen mit dem jedesmaligen in Preußen herrschenden System. Noch leiden wir unter den übeln Nachwirkungen der Manteuffel'schen Zeit, und die neue Aera hat leider viel zu wenig gethan, um den preußischen Namen mehr, als es früher der Fall war, bei den Feinden gefürchtet und bei den Freunden geliebt zu machen.

Jetzt wäre wieder eine gute Gelegenheit dazu. Im Würzburgischen Lager hat man offenbar die Empfindung wie nach einem fehlgeschlagenen Wagniß, wenn das Fiasco, das man gemacht hat, vertuscht werden soll. Diesen Moment muß Preußen benutzen, um in die Offensive überzugehen. Die Chancen liegen so günstig wie möglich. Vor allen Dingen darf Preußen die Wiederherstellung des Rechts in Kurhessen sich nicht nehmen lassen. Die Würzburger Regierungen scheinen nicht geringe Lust zu haben, durch eine Collectiverklärung in Kassel den Kur-

fürsten zu einer großen Concession zu vermögen. Baiern würde dabei allerdings eine sonderbare Rolle spielen. Aber es würde sich nicht lange bedenken, wenn es den Ruhm, die Verfassung wiederhergestellt zu haben, Preußen vor den Augen wegfischen könnte. Aber bei Weitem schlimmer wäre es, wenn Preußen durch Rücksichten auf Oestreich und die Würzburger sich von seinem Rechtsstandpunkte herabdrängen ließe. Man hört von Versuchen, die Oestreich macht, um den Kurfürsten zu einigen Zugeständnissen zu bewegen, für welche auch die Mitwirkung Preußens nachgesucht wird. Oestreich soll aber dabei verlangen, daß nicht das Wahlgesetz von 1849, sondern das von 1831 wieder hergestellt werde und daß das Zweikammersystem an die Stelle des Einkammersystems der Verfassung von 1831 trete. Damit erhielten die Hessen nicht ihr Recht, sondern sie erhielten neue Destroyirungen an Stelle der alten. Preußen aber, wenn es sich auf diesen Standpunkt einließe, hätte die Rechtsbasis, auf der es in der kurhessischen Sache steht, verloren, und hätte dann keinen Grund mehr, den Anschluß an die Majorität des Bundestags zu verweigern. Damit hätte es denn sein Ansehen vollends eingebüßt, und dies scheint die einzige Absicht bei den Bemühungen Oestreichs um die kurhessische Sache zu sein.

Der zweite Punkt, an dem Preußen hoffentlich sich zu einem raschen Vorgehen entschließt, ist die Anerkennung des Königreichs Italien. Es scheint in der That, daß dieser Entschluß nahe bevorsteht. Wir wollen hoffen, daß keine Gegenbestrebungen ihn wieder wanken machen. Wir würden diesen Schritt begrüßen als einen erfreulichen Beweis, daß man hier von einer bornirten Legitimitätslehre sich zu freieren Anschauungen zu erheben beginnt. Im jetzigen Moment würde diese Maßregel, die eigentlich eine verspätete ist, doch noch als ein kluger und wohlbedachter Schritt erscheinen. Man hätte hier längst einsehen sollen, daß es die Aufgabe einer vernünftigen deutschen Politik ist, mit dem Königreich Italien in gute Beziehungen zu treten, um diesem die französische Allianz entbehrlich und eine größere Selbständigkeit möglich zu machen. Man mag mit dem Gang, welchen die Dinge in Italien seit den letzten Jahren genommen haben, einverstanden sein oder nicht, auf alle Fälle muß man zugeben, daß das Geschehene nicht rückgängig gemacht werden kann. Jeder Versuch dazu würde Italien unvermeidlich in die furchtbarsten und blutigsten Kämpfe verwickeln und würde den Frieden Europa's mit den größten Gefahren bedrohen. Wenn dies richtig ist, so muß Deutschland die Entwicklung, die sich in Italien vollzogen hat, anerkennen. Dies ist weit entfernt von einer Ermuthigung, die Ansprüche auf Venedig mit Gewalt geltend zu machen. Man kann die Anerkennung Italiens in einer Form aussprechen, welche die Anerkennung der venetianischen Ansprüche ausschließt. Dies ist diejenige Seite der Sache, um derenwillen eine rasche Entscheidung sehr zu wünschen wäre, wir meinen eine Entscheidung, die so früh erfolgt, daß dadurch eine Debatte über den Antrag des Abgeordneten von Carlowitz, daß die Anerkennung Italiens im Interesse Preußens liege, überflüssig wird. Die Einbringung dieses Antrages war eine Antwort auf das österreichische Garantiebegehren; sie war die vollkommen richtige Antwort darauf. Aber wenn wir dem Grafen Rechberg eine solche Garantie verweigern, so sind wir doch weit entfernt davon, die Italiener zum Angriff auf Venetien zu ermuntern. Ein solcher Gedanke könnte nur vom Haß gegen Oestreich eingegeben werden, nicht von der Liebe zu Deutschland; denn daß diese beiden Empfindungen nicht völlig identisch sind, wird man bis jetzt noch überall in Deutschland zugeben, obgleich Oestreich thut, was in seinen Kräften ist, um den Unterschied zu verwischen. Je gereizter in diesem Augenblick die Stimmung gegen Oestreich ist, desto näher liegt die Gefahr, daß die Debatte eine Wendung nimmt, welche den Zwiespalt zwischen dem großdeutschen und dem kleindeutschen Theil unserer Nation noch vermehren müßte. Daß das Abgeordnetenhaus den Antrag von Carlowitz, wenn es zur Verhandlung kommt, mit großer Majorität annehmen wird, unterliegt

gar keinem Zweifel. Also kann die Regierung um so unbedenklicher durch eine sofortige Anerkennung Italiens der Debatte das Object abschneiden.

Als ein höchst erfreulicher Fortschritt ist noch zu erwähnen, daß nach langen Verhandlungen der Handelsvertrag mit Frankreich gesichert ist. Die letzten preussischen Vorschläge sind von Frankreich angenommen. Materiell ist also die Vereinbarung geschlossen. Es sind nur noch einige Förmlichkeiten zu erledigen, bevor zur definitiven Unterzeichnung geschritten werden kann. Daß dieses Resultat am Ende doch noch erreicht ist, verdankt man vor allen Dingen der energischen Einwirkung des Grafen Bernstorff, welcher die Verhandlung dem bis dahin überwiegenden Einfluß des Handelsministeriums entzog. Wir dürfen dies um so weniger unerwähnt lassen, als Graf Bernstorff in Gefahr ist, durch die unaufhörlichen Lobsprüche der Kreuzzeitung bei allen anständigen Leuten in ein übles Licht gestellt zu werden.

Ueber den Gang unserer inneren Angelegenheiten ist nicht viel zu berichten. Die Arbeiten der beiden Häuser des Landtags gehen nur langsam vorwärts. Es bestätigt sich, was ich gleich beim Beginn der Session als wahrscheinlich bezeichnet habe, daß die ersten Monate ohne große Erregungen hingehen würden und daß die entscheidenden Abstimmungen erst gegen das Ende der Session bevorstehen. Während der verfloffenen Woche hat das Abgeordnetenhaus nur zwei Sitzungen gehabt. In der einen Sitzung wurde nur die Präsidentenwahl für die Dauer der Session vorgenommen. Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten wiederholten sich die kleintlichen Reibungen zwischen der Fraction Grabow und der Fortschrittspartei, die schon bei der ersten Wahl vorgekommen waren. Der Candidat der Fortschrittspartei erhielt erst dadurch die absolute Majorität, daß die Ultramontanen, welche für keine der beiden Parteien stimmen wollten, sich endlich ihrer Stimmen enthielten. Aus der zweiten Sitzung des Hauses ist nur eine Interpellation, welche der Abgeordnete Paur an den Cultusminister richtete, von allgemeinerem Interesse. Es handelte sich um einen Erlaß des rheinischen Provinzial-Schulcollegiums in Koblenz, in welchem die Lehrer vor der Betheiligung an politischen Bestrebungen gewarnt werden. Der Cultusminister beantwortete die Frage, ob dieses Circular auf seinen Befehl oder mit seiner Billigung erlassen worden sei, allerdings verneinend; zugleich aber entwickelte er eine so patriarchalische Ansicht über die Stellung der Lehrer im Staatsleben, daß das Haus sich nicht wohl dabei beruhigen konnte. Der Abgeordnete von Hennig stellte sofort den Antrag, daß das Haus erklären wolle, es fühle sich durch die Antwort des Ministers nicht befriedigt. Es wird also das selbe Thema nochmals ausführlicher erörtert werden.

Das Herrenhaus hat seit mehreren Wochen keine Sitzung mehr gehalten. Seit es die Novelle zum Wehrpflichtgesetz ohne Discussion angenommen hat, ruht das hohe Haus auf seinen Lorbeeren aus. Im Uebrigen verlautet nur so viel, daß eine Commission, an deren Spitze Herr von Kleist-Neckow steht, damit beschäftigt ist, den Entwurf der Kreisordnung abzuschlachten. Wer nicht vollkommen blind ist, der muß schon lange eingesehen haben, daß auch in dieser Session jeder Fortschritt der Gesetzgebung an dem Widerstand des Herrenhauses scheitern wird. Also wird auch diese Session vollkommen resultatlos bleiben; denn daß jetzt noch das Ministerium sich zu einem energischen Schritt gegen das Herrenhaus entschließen werde, das wagt Niemand mehr zu hoffen. Die Folge davon ist, daß im Abgeordnetenhaus die Chancen für die Militärvorlage täglich ungünstiger werden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von J. F. Herbig. — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.